

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbefreiung. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 8. August 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 89.

Die Solinger Buchdrucker und die „Bergische Arbeiterstimme“.

Der Vorstand des Ortsvereins Solingen befaßte sich in einer Vorstandssitzung, nachdem in der letzten Mitgliederversammlung wie überhaupt im allgemeinen in hiesigen Kollegenkreisen sich eine gerechte Entrüstung bemerkbar machte über die Haltung bzw. Schreibweise der „Bergischen Arbeiterstimme“ und auch der „Rheinischer Arbeiterzeitung“ gegenüber unserer Organisation und deren Führern anlässlich des Scherlkonflikts, mit dieser Angelegenheit. Nach einer längeren Aussprache, in welcher von allen Seiten das Verhalten dieser beiden sozialdemokratischen Blätter scharf verurteilt wurde, ward beschloffen, folgende Erklärung der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu stellen mit der Bitte um Veröffentlichung:

Nachdem die „Bergische Arbeiterstimme“ bzw. die „Rheinischer Arbeiterzeitung“ in ihren Nummern vom Samstag, den 22. Juli, und Mittwoch, den 26. Juli dieses Jahres, gegenüber dem Rheinischer Kollegen S. W. sowie dem Ortsvereine Rheinisch, welche im Gegensatz zu Solingen eine andre Stellung einnehmen zum Berliner Buchdruckerkonflikt und die Resolution der Gauvorsteherkonferenz gutheissen, aber auch die Haltung obengenannter Blätter gegenüber der Buchdruckerorganisation bzw. deren Leitung ganz entschieden zurückweisen, scharf Stellung nahmen und in dieser Stellungnahme die Rheinischer organisierten Buchdrucker in ganz gehässiger Weise bekämpften und sie als eine geist- und gedankenlose Masse hinzustellen versuchten, welche alle Maßnahmen der Gauvorsteher, Tarifanstrengungen usw. als „heillos“ ansahen, oder sonst jeder Vorsehrung und Aufklärung unzugänglich sind, sieht sich der Vorstand des Ortsvereins Solingen zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der Vorstand des Ortsvereins Solingen und mit ihm die überwiegende Mehrheit der organisierten Buchdrucker Solingens, auch diejenigen Kollegen, welche sich mit der Resolution der Gauvorsteherkonferenz nicht einverstanden erklären können, kann sich mit der Haltung der „Bergischen Arbeiterstimme“ bzw. der „Rheinischer Arbeiterzeitung“, welche diese in letzter Zeit zum Berliner Buchdruckerkonflikt insbesondere den Rheinischer Kollegen gegenüber angenommen haben, nicht einverstanden erklären.

Die Solinger Buchdrucker halten es eines Arbeiterblattes für unwürdig, daß dieses in einer solchen Art und Weise, wie es hier-gesehen, eine freie Organisation bzw. deren Leitung und einen Teil der Mitglieder, welcher nicht seine Ansicht teilen kann, aber immerhin das Beste für seine Organisation erstrebt, bekämpft.

Die Solinger Buchdrucker hoffen, daß die obengenannten Blätter die bis jetzt gepflegene Polemik gegenüber den Buchdruckern unterlassen, da dieselbe nur zur Erbitterung führen kann und nicht dazu angestiftet ist, der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu dienen.

Der Vorstand des Ortsvereins Solingen.

Jeder Kollege wird glauben, die „Bergische Arbeiterstimme“ hätte diese Erklärung sofort veröffentlicht. Aber weit gefehlt! Die Veröffentlichung dieser Erklärung wurde seitens der Redaktion einfach abgelehnt! Ja, wenn sich dieselbe gegen unsere Organisation gerichtet hätte oder in derselben die Haltung dieser Blätter gegenüber unserer Organisation gutgeheissen worden wäre, dann wäre sie mit Befagen aufgenommen worden. Aber so!

Kann glaubhaft, denkt diese Redaktion eines Arbeiterblattes in welcher auch zwei Verbandsmitglieder sitzen, daß es auch noch Gewerkschaftsmitgliedern gibt, die es nicht dulden wollen, daß ihre Organisation von einem Arbeiterblatt in einer solchen Art und Weise beschimpft wird und diese Beschimpfung ganz entschieden zurückweisen.

Die Begründung der Redaktion, warum sie die Erklärung nicht veröffentlicht, ist: vielseitig. Es wurde dem Vorstehenden des Ortsvereins, nachdem dieser bei der Redaktion wegen der Veröffentlichung vorklagte wurde, u. a. gesagt: Der Vorstand des Ortsvereins Solingen sei doch nicht der Anwalt der Rheinischer Kollegen! Wenn diesen die Schreibweise nicht passe, so sollten dieselben selbst da-

gegen Stellung nehmen. Dann hätte die „Bergische Arbeiterstimme“ ja auch nicht in ihren Artikeln die Gesamtorganisation treffen wollen, sondern nur — die famosen Führer derselben. Im übrigen ließe sich die Redaktion keine Vorschriften über ihre Schreibweise von irgendeiner Seite machen. Wenn der Solinger Vorstand etwas wollte, so möge er sich mit einer Beschwerde an die Presskommission wenden. Und nun kommt das Schöne: Der Chefredakteur, Herr Dittmann, meinte noch, der Vorstand und mit ihm die Mehrheit der Solinger Kollegen hätten wohl Angst bekommen, nachdem sie erst so rabiat gewesen und sich gegen den Zentralvorstand aufgelehnt hätten; nun wollten sie sich wieder mit dieser Erklärung lieb Kind nach oben machen!?

Der Kram des „Korr.“ ist tatsächlich so schade, wollte man diese „Begründung“ einer Kritik unterziehen. Jeder Kollege wird sich wohl selbst sein Urteil bilden über die „Objektivität“ und „Soleranz“ der Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“, der es unangenehm ist, eine Erklärung zu veröffentlichen, die nicht in ihren Kraut paßt, und die in dem Glauben war, die Solinger Buchdrucker wären mit der unsäglichsten Kritik über Vorgänge innerhalb des Buchdruckerverbandes einverstanden.

Das kann sich die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ aber ad notam nehmen: Es mögen innerhalb einer Gewerkschaftsorganisation Meinungsverschiedenheiten herrschen über diese und jene Fragen und dabei manches scharfe Wort fallen, das ist bei einer großen Gewerkschaftsorganisation unermesslich. Aber kein Gewerkschaftsmitglied wird es dulden, daß bei solchen Gelegenheiten seine Organisation bzw. deren Führer beschimpft werden, wie es die „Bergische Arbeiterstimme“ getan hat gegenüber unserer Organisation. Angeger zu protestieren ist Ehrenpflicht eines jeden aufrichtigen Gewerkschaftlers. Und dieser Pflicht sind sich auch die Solinger Buchdrucker in ihrer Mehrheit bewußt!

Solingen.

Joseph Nombauer.

Militärische Schmuckkonturrenz.

Als aufmerksamer Leser des „Korr.“ ist es mir nicht entgangen, daß es Mitgliedschaften innerhalb unseres Verbandes nicht verschmähen, der militärischen Schmuckkonturrenz Vorschub zu leisten resp. den Zivilmusikern die Arbeitsgelegenheit zu nehmen. So hatten beispielsweise die Ortsvereine Frankfurt a. M., Graubenz, München, Mannheim, Metz, Passau, Ulm-Neuulm u. a. m. zu ihren Festlichkeiten Militärkapellen zur Mitwirkung herangezogen.

Es soll nicht verkannt werden, daß es oftmals schwer hält, geeignete Musikkapellen für Konzerte zu gewinnen. Ich glaube aber, daß in größeren Städten immer gute Zivilmusikkapellen zu haben sind, wenn rechtzeitig danach Umschau gehalten wird. Es sollte doch, wenn irgend möglich, vermieden werden, Militärmusiker zu unsern Festlichkeiten heranzuziehen. Denn, wie schon gesagt, den Zivilmusikern wird dadurch die Arbeitsgelegenheit genommen. Führen doch diese schon seit Jahren einen Kampf gegen die Konturrenz der Militärmusiker. Und wir haben doch alle Ursache, die Zivilmusik in diesem Kampfe zu unterstützen. Millionen von Mark werden jährlich in den Militäretat eingestellt, welche nur für die Unterhaltung der Militärkapellen verwendet werden. Wir haben also keine Ursache, noch gewissermaßen eine freiwillige Extraksteuer zu zahlen zur Unterhaltung dieser Einrichtung.

Auch wir Buchdrucker haben durch den „Korr.“ erfahren, daß Militärdruckereien unser Gewerbe schädigen, desgleichen ist dies von den Gefängnisdruckereien zu sagen. Der „Korr.“ hat schon des öfteren dazu Stellung genommen und dieses gewerbeschädigende Treiben der betreffenden Behörden gekennzeichnet. Nehmen wir aber für uns dieses Recht in Anspruch, so dürfen wir auch nicht andere Gewerbe schädigen durch Veranschaulichung von Militärmusik. Und daß die Militärmusiker nicht nur Schmuckkonturrenz treiben, sondern auch als Streikbrecher auf den Plan treten, dafür hat ja in vergangenen Jahren ein Beispiel aus Siegen den eklatanten Beweis erbracht.

Wir haben alle Ursache, mit der bisherigen Gepflogenheit zu brechen. Darum: Fort mit der Militärmusik auf unsern Festlichkeiten!

Bremen.

A. T.

Noch ein Beitrag zur Arbeiterhygiene.

Es werden, das ist Gottes Günst.

Zung bleiben, das ist Lebens Kunst!

Der Artikel „Arbeiterhygiene“ in Nr. 59 veranlaßt mich, einen kleinen Beitrag zu dem angeschnittenen Thema zu liefern. Ich gehe dabei von dem Satze jenes Artikels aus, der da heißt: „Der Arbeiter müßte vor allem Körperpflege treiben, denn eine Unannehme beruflicher Schädigungen könne durch entsprechende Körperpflege wieder ausgeglichen werden“, um die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die Licht- und Luftbäder zu lenken, die heute fast in jeder größeren Stadt vorhanden sind, aber leider von der Arbeiterbevölkerung noch nicht in dem Maß in Anspruch genommen werden, wie es wohl wegen der hervorragenden Eigenschaften dieser Bäder für die Gesundheitshaltung unseres Körpers wünschenswert wäre. Hierzu trägt allerdings der Umstand wesentlich mit bei, daß der Arbeiter infolge seiner beruflichen Tätigkeit kaum Zeit findet, an Wochentagen diese Bäder zu besuchen, weshalb in den meisten Fällen nur der Sonntag dafür in Frage kommt.

Aber wie wenige Menschen machen von dem einzigen freien Tage, der zu ihrer Erholung nach sechs Tagen harter Arbeit bestimmt ist, einen richtigen Gebrauch? Wie wenige, die in der Woche in engen, luft- und lichtarmen Räumen hausen oder ihrem Tagewerk nachgehen, suchen wenigstens am Sonntage die Schäden des Alltags durch einen vermehrten Aufenthalt in guter, reiner Luft wieder weit zu machen? Auf dem Land und in kleineren Orten mag dieser Vorkehrung wohl in allgemeiner Rechnung getragener werden, aber in den Großstädten, in denen es an Gelegenheit zur Ausspannung heute meist nicht mehr mangelt, wird immer noch viel zu wenig davon Gebrauch gemacht.

Für den Arbeiter ist aber der Aufenthalt in reiner, staubfreier Luft in Verbindung mit einer naturgemäßen Lebensweise geradezu eine Lebensfrage. Da er nun nicht wie seine bessergestellten Mitbürger alljährlich einige Wochen ins Bad reifen kann, was ja heute schon mehr Modefrage geworden ist, so muß er eben auf andre Weise versuchen, sich die Annehmlichkeiten, wenn auch in bescheidenerem Maße, zu verschaffen, die jene mit schweren Geldopfern erkaufen, ohne damit immer die gewünschte Wirkung zu erzielen. Der billigste Weg hierzu für den Arbeiter ist, daß er sich so viel wie möglich im Freien aufhält. Er soll wenigstens am Sonntage seinen vier Pfählen entinnen und sich in Gottes freier Natur ergehen, durch sportliche Übungen, Spiele usw. neue Kräfte zu sammeln für die kommende Woche.

Viele Menschen glauben indessen, es genüge schon, sich möglichst im Freien aufzuhalten; sie bedenken dabei aber nicht, daß das Wohlbefinden unseres Körpers nicht allein von der Lungenatmung abhängt, sondern auch die Hautatmung dafür wesentlich mitbestimmend ist. Durch die Poren der Haut werden ebenso wie durch die Lunge luftartige Stoffe aufgenommen und andre wieder ausgeschieden. Daraus folgt schon, daß der Arbeiter, der schwere körperliche Arbeit zu verrichten hat, darauf bedacht sein muß, seinen Körper möglichst sauber zu halten, um die Hautatmung nicht zu erschweren oder ganz zu unterbinden. Erfolgreich eingeschränkt wird die Hautatmung aber auch durch die Kleidung; in die der Kulturmenschen seinen Körper einzwängt, wobei die Hautatmung meist zu kurz kommt. Auch die Furcht vor Erkältungen usw. hält viele Menschen davon ab, sich naturgemäß zu kleiden, obwohl gerade diejenigen, die ihren Körper anfänglich vor jedem Luftzuge behüten, erfahrungsgemäß am meisten von derartigen Krankheiten heimgegriffen werden. Es ist lediglich der Hang am Überkommenen, der die Menschen verwehrt, und so wenig widerstandsfähig gegen äußere Witterungseinflüsse macht. Viele Männer sündigen schon in der Wiege an ihren Kindern. Tagtäglich kann man die Beobachtung machen — wenn auch dank der Aufklärungsarbeit von Ärzten und Laien Anzeichen zum Besseren vorhanden sind —, wie die Säuglinge mit Dedeln und Kissen bedeckt werden, damit nur ja kein Lüftchen ihnen Schaden bringe; mag der kleine Erdenbürger auch noch so sehr durch anhaltendes Schreien sich gegen seine Peiniger auflehnen.

... Bis zu welchem Grade der Körper abgehärtet werden kann, auch noch im vorgerückten Alter, habe ich an mir

selbst erfahren. Ich war von Jugend auf sehr verweichlicht und neigte zu Erältungen, Schnupfen usw. Aber dank der im verflochtenen Jahr regelmäßig genommene Licht- und Luftbäder, bis in den November hinein im Freien und in den Wintermonaten im Zimmer, sind diese Plagegeister vollständig verschwunden. Die Licht- und Luftbäder haben bei mir Wunder gewirkt. Ich bin heute so abgehärtet und so unempfindlich gegen äußere Witterungseinflüsse, daß ich im letzten Winter stundenlang in ungeheizten Räumen zubringen konnte, ohne je die geringsten Beschwerden zu verspüren. Es ist dieses ein Beweis dafür, daß wir es selbst in der Hand haben, unsern Körper zu stärken und durch eine entsprechende Behandlung immer widerstandsfähiger zu machen.

Der zum ersten Male Luftbäder nimmt, wobei der Körper natürlich von allen Kleidungsstücken entblößt werden muß, sollte diese im Anfange nicht zu lange ausdehnen, da sich der Körper erst allmählich an die unmittelbare auf ihn einwirkende Luft gewöhnen muß. Am zweckmäßigsten wird man daran tun, die ersten Bäder nicht direkt im Freien zu nehmen, sondern in einem warmen, vorher gut durchlüfteten Zimmer, wobei man sich möglichst Bewegung verschaffen soll. Dann nehme man die Dauer des Bades täglich mehr aus, bis sich der Körper einermäßen an die so lange entbehrte Luft gewöhnt hat, worauf das Bad dann bei offenem Fenster oder im Freien fortgesetzt werden kann. Die wohltätigen Wirkungen auf den Körper nach dem Ankleiden äußern sich in einer vermehrten Wärmeentwicklung, eine Folge der lebhaftesten Blutzirkulation. Man fühlt sich frisch und neugekräft. Die Haut bräunt sich, und die Blässe des Gesichts, die für alle in geschlossenen Räumen Arbeitende charakteristisch ist, macht bald einer frischen, gesunden Farbe Platz. Wer noch ein übriges tun will, möge vor dem Ankleiden kalte Ueibreibungen machen, die aber nicht jedem zu empfehlen sind, wie ja überhaupt der einzelne selbst am besten beurteilen kann, was ihm frommt und was nicht. Ein für allemal feststehende Regeln lassen sich hierfür nicht aufstellen. Stellt sich nach den ersten Bädern ein geringer Schnupfen ein, so ist das nicht weiter von Belang, er wird schon nach einigen Tagen wieder verschwinden. Wer nach dem Bade festsitzt, mache einen kleinen Spaziergang, um durch eine gesteigerte Blutzirkulation dem Körper mehr Wärme zuzuführen. Man sollte sich aber dadurch nicht abhalten lassen, die Bäder fortzusetzen. Die meisten Menschen haben eben ihren Körper so verhärtet, daß er für die geringste Abweichung von der Regel empfänglich ist.

Was in vorstehendem ganz allgemein über die Wirkungen der Luftbäder gesagt wurde, gilt natürlich für beide Geschlechter und in besonderem Maß auch für die Frauen, vornehmlich die Arbeiterinnen, die insolge ihrer vielfach sitzenden Lebensweise mehr noch als die Männer allerhand Krankheiten ausgesetzt sind. Auch die Kinder sollte man frühzeitig an die Luftbäder gewöhnen. Es wird dadurch späteren Krankheiten vorgebeugt, denn es ist bekanntlich leichter, Krankheiten zu verhüten, als sie zu heilen. Wenn die Eltern hierbei mit der gebotenen Vorsicht, was die Jahreszeit und die Temperatur betrifft, zu Werke gehen, werden sie für ihre Kinder nichts zu befürchten haben, sondern bald mit Vergnügen wahrnehmen, wie die Wangen der Kleinen sich allmählich röten, wie sie aufblühen und für äußere Witterungseinflüsse immer mehr unempfindlich werden.

Mit dem Luftbade wird meist ein Licht- und Sonnenbad verbunden, das jenes an heilkräftiger Wirkung wesentlich übertrifft. Welche Wirkungen das Sonnenlicht auf den Menschen ausübt, kann jeder an sich selbst beobachten, der aus irgendeinem Grund, etwa wegen Krankheit, an das Zimmer gefesselt ist und das Sonnenlicht entbehren muß. Er bekommt eine bleiche, ungesunde Gesichtsfarbe, woran auch die reichlichste Luftzufuhr nichts ändert. Mit welchen wohligen Gefühlen läßt der nach langer Krankheit Genesene die Sonnenstrahlen auf sich einwirken, die seine Wangen bald mit einem zarten Rot überziehen! Ohne Sonne kein Leben; sie ist es, die im Frühjahr die jungen Triebe an Bäumen und Sträuchern zur Entfaltung bringt. Eine Pflanze, der längere Zeit das Sonnenlicht vorenthalten wurde, welkt darin und geht ein, mag auch Luft und Wärme ihr noch so reichlich zur Verfügung stehen. Genau so wie mit den Pflanzen, ist es auch mit den Menschen und Tieren. Man kann daraus ersehen, wie wichtig die Sonne für unser Wohlbefinden ist und welche große Rolle sie bei der Auswahl unserer Wohnungen spielt.

In diesem Punkte werden von der Arbeiterbevölkerung noch sehr viel Fehler gemacht. Reichen die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht mehr hin und heißt es, sich einzuschränken, so wird zuerst an der Wohnung gepart, und man begnügt sich vielfach mit Räumen, die den Anforderungen der Hygiene, was Größe, Lage und Anzahl betrifft, auch nicht im mindesten gerecht werden. Wo die Sonne nicht hinkommt, da kommt der Arzt hin, das ist ein altes, aber wahres Wort. Gerade die Volkssehnde, die Schwindsucht, legt es uns nahe, bei der Auswahl unserer Wohnungen von hygienischen Gesichtspunkten auszugehen. Hat man doch in Paris festgestellt, daß die Zahl der Todesfälle an Schwindsucht in Wohnungen ohne sonnenbeschienene Schlafzimmern eine mehr denn siebenmal größere ist als in solchen, in denen tagsüber die Sonne ungehindert Zutritt hat.

Die Sonne ist ein Helffaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und besonders an Rheumatismus und an Hautausschlägen Leidenden kann der Aufenthalt in ihr nicht warm genug empfohlen werden. Die Dauer eines Sonnenbades richtet sich nach dem persönlichen Wohlbefinden. Im Anfange nehme man es nicht zu

lange aus, man beginne mit einem 20-Minutenbad und steigere die Dauer allmählich. Ich lasse mich mitunter stundenlang von der Sonne beschienen, ohne je das geringste Unbehagen dabei zu empfinden; im Gegenteil, ich fühle mich, wenn ich zum Schluß noch ein kaltes Bad nehme, immer außerordentlich erfrischt. Während des Sonnenbades gebe man dem Körper öfter eine andre Lage, damit die Sonnenstrahlen von allen Seiten auf ihn einwirken können. Es ist nicht unbedingt nötig, die Sonnenbäder im Freien zu nehmen, auch zu Hause, am offenen Fenster, bietet sich dazu Gelegenheit. Wer das Sonnenlicht am Kopfe nicht vertragen kann, mag den Kopf mit einem Strohhut und das Gesicht mit einem Tuche verdecken.

In manchen Sonnenbädern befinden sich Glas- oder Siegehallen, die vornehmlich für Schwächere eingerichtet sind. Jeder hat wohl schon die wohltätigen Wirkungen eines reichlichen Schweißausbruchs bei leichten Ertränkungen am eignen Körper verspürt; eine Wirkung, die durch die Konzentration der Sonnenstrahlen in diesen Siegehallen noch wesentlich gesteigert wird. Durch den Schweiß werden dem Körper die giftigen Säfte entzogen, die, wenn sie in dem Körper verbleiben und keinen Ausweg finden, den Menschen krank machen. Dem Schweiß wohnten bekanntlich giftige Eigenschaften inne, und er ist, auf Tiere übertragen, von tödlicher Wirkung. Alle diese giftigen Stoffe werden durch den Schweiß aus dem Körper ausgeschieden, weshalb sich die Sonnenbäder auch einer steigernden Beliebtheit erfreuen und von den Ärzten vielfach verordnet werden.

Im Anschluß an das Sonnenbad nehme man ein mäßig kaltes oder nicht zu warmes Wasserbad, trockne sich gut ab und beschließe das Bad mit einem kurzen Dauerlaufe. Personen mit empfindlicher Haut werden nach den ersten Bädern gewöhnlich die Beobachtung machen, daß sich die Haut an einzelnen Stellen des Körpers abschält oder sich ein leichter Hautausschlag bildet, der aber keine weiteren Folgen hat. Hat sich die Haut erst einmal an das Sonnenlicht gewöhnt, so werden diese unbedeutenden Nachwirkungen nach kurzer Zeit wieder verschwinden. Wer je ein Licht- und Luftbad genommen hat, das Gefunden ohne weiteres anzuraten ist, während Leidende, besonders Nerven, vorher ihren Arzt befragen sollten, wird das Lob dieser Bäder recht bald in vollen Tönen singen und ihr begeistertester Anhänger werden.

Über auch noch aus einem andern Grunde bin ich ein warmer Freund der Luft- und Lichtbäder geworden: Es ist der ungeschwungene Verkehr, der dort zwischen den Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsklassen herrscht. Die Besucher kommen sich menschlich näher, die Klassen-gegensätze treten zurück und die Scheidewände, die sich sonst im Leben allzu sehr zwischen den einzelnen Ständen und Klassen aufstumpfen, machen vor der Pforte des Licht- und Luftbades halt. Man fühlt sich lediglich als Mensch unter Menschen, ohne befürchten zu müssen, über die Schultern angesehen zu werden. Hier, wo der einzelne nur nach seinen Leistungen auf sportlichem Gebiet oder auf dem Gebiete der Körperkultur gewertet wird, bildet alles eine große Familie, und Menschen, die sonst wohl im Leben niemals in nähere Berührung treten würden, verkehren hier ganz zwanglos miteinander und tragen so mit dazu bei, den Klassengegensätzen wenigstens für kurze Zeit ihre Schärfe zu nehmen.

Ich schreibe die kleine Abhandlung mit der Wieder-gabe eines Wandpruchs aus dem hiesigen städtischen Luft- und Lichtbade, den ich allen Kollegen zur Verherrlichung und Danachachtung empfehle:

Wirf ab von dir der Kleider Schutz!
Nack' diele Sturm und Wetter Feind!
Kühn ist das Mühen, herrlich der Lohn,
Ein Feld stark wie Eisen, das ist die Kron'!

Düsseldorf. J. K.

Korrespondenzen.

Ludwigshafen a. Rh. Trotz der großen Hitze hatten sich die Mitglieder zu der Versammlung am 24. Juli äußerst zahlreich eingefunden, so daß das Vereinslokal nicht besetzt war. Uebersicht dieser regen Teilnahme war der zweite Punkt der Tagesordnung: Bericht von der letzten Gavoursteherkonferenz, durch Gavourstehrer Heinrich Fuhs. Der Referent gab sich alle Mühe, die Versammlung von der Berechtigung der von der Konferenz gefassten Beschlüsse zu überzeugen, was ihm aber nur bei einem Teile gelang. Nicht weniger wie 14 Redner nahmen in der Diskussion das Wort, von denen nur drei für die bekannte Resolution eintraten. In teilweise sehr scharfen Worten wandte man sich u. a. gegen die Maßregel der beiden Vertrauensleute bei Scherl, ferner gegen die Stellungnahme des „Korr.“ in der ganzen Angelegenheit. Bei der Abstimmung machte eine Anzahl Kollegen von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch. Mit 40 gegen 21 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Ludwigshafen a. Rh. bedauert das impulsive Vorgehen der 37 Rotationsmaschinenmeister bei Scherl. Es wäre besser gewesen, wenn diese Kollegen die taffliche Abdingungsfrist eingehalten hätten. Auf jeden Fall spricht aber die Versammlung allen Tarifinstanzen das Recht ab, unsre Organisationsvertrauensleute zu maßregeln; auch verurteilt sie den Ausschluß der 37 Kollegen durch den Zentralvorstand, ein zeitweiliges Sistieren der Mitgliederrechte wäre genügend Strafe gewesen. Mit der weiteren Haltung der Verbandsinstanzen sowie der einseitigen Stellungnahme des „Korr.“ in dieser Angelegenheit ist die Versammlung nicht einverstanden und erwartet, daß in Zukunft gegenteilige Meinungen etwas rücksichtsvoller behandelt werden.“

Lüneburg. Die am 23. Juli abgehaltene Versammlung unsres Ortsvereins behauerte das Vorgehen der Berliner Rotationsmaschinenmeister in der Scherl'schen Buchdruckerei gegen die Tarifinstanzen und stellte sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse der Gavoursteherkonferenz. Ferner sprach die Versammlung dem Verbandsvorstand ihr volles Vertrauen aus.

Mainz. Nach längerer Pause fand am 23. Juli wieder eine Bezirksversammlung statt, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte und u. a. zu den Berliner Vorgängen Stellung nahm. Der auf der Tagesordnung vorgesehene Punkt „Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß“ mußte abgeseht und dafür der Punkt „Die bevorstehende Tarifratsversammlung in Frankfurt a. M.“ eingebracht werden. Der Kranken- und besonders der Konditionslostenstand sind bedeutend in die Höhe geschneit. Verzeichnete hoch der letzte Rapport 19 Kranke und 38 Konditionslose. Das Johannistfest in Bingen belastete die Bezirksklasse mit einer Ausgabe von 224,17 Mk. Um der Versammlung ein getreues Bild des Berliner Konflikts zu entrollen, war unser Gavourstehrer Fuhs zur Berichterstattung über die Gavoursteherkonferenz erschienen. In sachlicher Weise gab der Referent eine Darstellung der Entwicklung der Vorgänge bei der Firma Scherl, präzisierte die vom Organisationsinteresse distanzierte Stellungnahme der Gavoursteherkonferenz dazu und ersuchte die Versammlung, eine der jetzigen Situation entsprechende Beurteilung der Sache vorzunehmen. In der lebhaften und durchaus sachlichen Diskussion vertraten die Kollegen Weyrich, K. Gaab, Brünner, Groß, G. Brück und Baunach einen der Gavoursteherkonferenz nicht in allen Teilen zustimmenden Standpunkt, während sich der Vorsitzende Conrad im Sinne derselben äußerte. Alle Redner waren sich in der Beurteilung des Tarif- und Kontraktbruchs der Rotationsmaschinenmeister einig. Von anderer Seite wieder wurde betont, daß durch den Punkt 3 des Tarifamtsentscheids die Angelegenheit in eine Bahn gelenkt wurde, welche die Zustimmung eines Gavourstehers nicht finden dürfte. Wenn die betreffenden Berliner Vertrauensleute in ihren Maßnahmen zu weit gingen und sich Uebrigerei zuschulden kommen ließen, so wäre es Pflicht der Berliner Gaulteitung gewesen, rechtzeitig einzugreifen und Remedur zu schaffen. Der Gaulteitung sei auch der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie durch ihr Verhalten zur Verschärfung der Situation beigetragen und erst dann für die Anerkennung des Tarifamtsentscheids wirkte, als es zu spät war. Die Solidaritätserklärung der Maschinenmeister von Mosse und Müstein habe die Gavoursteherkonferenz verurteilt, aber für die Solidarität der Zeitungsverleger habe sie keine Worte der Mißbilligung gehabt. Die Haltung des „Korr.“ befriedige keineswegs, Unbedingtheit hätte die beklagte Seite zu Worte kommen müssen. In längeren Ausführungen vertrat der Vorsitzende Conrad den Standpunkt der Gavoursteherkonferenz. Bei der jetzigen Situation, unter Vorbehalt der Tarifänderungen, sei es notwendig, entsprechende Bedenken zurückzustellen, und durch Zustimmung zur Resolution der Gavourstehrer unsre Verträglichkeit und Verbandsdisziplin zu beweisen. Es sei leicht, in den Versammlungen eine radikale Ansicht zum Ausdruck zu bringen, da man mit keiner Verantwortung belastet sei. In seinem Schlusssatz befaßte sich Kollege Fuhs mit den Ausführungen der Diskussionsredner und entkräftete manche vorgetragene Ansicht auf Grund des Tarifamtsmaterials. Sodann schritt man zur Abstimmung. Nachstehende Resolution wurde mit 60 gegen 41 Stimmen angenommen: „Die heutige Versammlung stimmt der Resolution der Gavourstehrer zu, jedoch unter Streichung der Absätze 1 und 3 sowie jeder Worte im fünften Absätze, sowie mit der Haltung des „Korr.“ einverstanden.“ Die einseitige Stellungnahme des „Korr.“ in Sachen des Konflikts bei der Firma Scherl wird entschieden verurteilt.“

Bedauerlicherweise hat trotz vorheriger Aufforderung ein Teil der Kollegen sich der Abstimmung enthalten. Bei dem folgenden Punkte stimmte die Versammlung dem Vorschlage zu, dem Vorstand in Verbindung mit der Tarifkommission die erforderlichen Maßnahmen zur Tarifratsversammlung in Frankfurt a. M. zu überlassen. Einige Hinweise lokaler Natur bildeten den Schluß der anregend und sachlich verlaufenden Versammlung.

Hn. Marburg. Am 23. Juli fand hierseits eine außerordentliche Bezirksversammlung statt. Es waren die Bezirksorte Willenburg, Herborn, Wiedenkopf, Frantenberg und Marburg vertreten. Als Gast weilte der Bezirksvorsitzende Holland (Gießen) und als Referent Gavourstehrer Dominé (Frankfurt a. M.) hier. Zunächst hielt Kollege Dominé einen einstündigen Vortrag über den Gewerkschaftskongreß in Dresden und ergänzte hiermit die im „Korr.“ erschienenen Berichte. Eine Diskussion fand nicht statt. In einem zweiten Referate von über einer Stunde führte uns dann Kollege Dominé die Berliner Vorgänge vor Augen. Der Beifall, der dem Referate folgte, zeigte bereits, was hier für Stimmung herrschte. Nachdem Kollege Weber noch einige Ausführungen gemacht, verlas er folgende Resolution: „Die am 23. Juli stattgehabte Bezirksversammlung erklärt sich mit der von der Gavoursteherkonferenz angenommenen Resolution in allen Punkten einverstanden.“ In der nunmehr stattfindenden Diskussion beteiligten sich nur einige Kollegen. In namentlicher Abstimmung wurde die Resolution mit 32 gegen 11 Stimmen angenommen. Von den elf Gegnern der Resolution haben mehrere von den letzten neun Versammlungen kaum die Hälfte besucht, zwei davon sogar nur zwei. — Hierauf fand die Monatsversammlung des Ortsvereins Marburg statt.

Weinungen. Unsr am 19. Juli abgehaltene gutbesuchte Monatsversammlung besprach nach einem Referat

über die Gauvorsteherkonferenz die Berliner Vorgänge. Einstimmig erklärte man sich mit der Resolution der Gauvorsteher einverstanden, welche vom Kollegen Wessellmann ausführlich begründet wurde.

Weihen. Zu den Berliner Vorgängen nahm die hiesige Mitgliedschaft in einer Versammlung am 22. Juli Stellung und entschied sich mit 26 von 31 gegen drei Stimmen für die Resolution der Gauvorsteherkonferenz.

Münster i. W. Nachdem unsere Ortsversammlung schon am 1. Juli sich mit den bedauerlichen Berliner Vorkommnissen beschäftigt und bereits eine Resolution angenommen, welche sich mit der von der Gauvorsteherkonferenz angenommenen deckte, hat auch der Bezirk in der am 23. Juli stattgefundenen, zahlreich besuchten Bezirksversammlung Stellung hierzu genommen. Bei der Berichtserstattung über die am 9. Juli abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz ging der Vorsitzende Kollege Meister eingehend auf die Berliner Vorkommnisse ein, den Tarifbruch der Scherischen Rotationsmaschinenmeister verteidigt und die Angriffe der Berliner Versammlungen und die eigenartige Stellungnahme eines Teils der Parteipresse gegenüber Zentralvorstand, „Korr.“-Redaktion und Tarifamt entschieden zurückweisend. In der sehr lebhaft geführten Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, und bezeugte man allgemein den Mitgliedern des Zentralvorstandes, des Tarifamts und des „Korr.“-Redaktion volles Vertrauen. Einstimmig nahm hierauf die Versammlung die Resolution der Gauvorsteherkonferenz an. Zum Rapportbericht pro II. Quartal wurde das Restatentwesen scharf kritisiert. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß die Beiträge monatlich abzuliefern seien und nicht vierteljährlich, wie es von verschiedenen Orten in letzter Zeit gehandelt wurde. Unter „Verschiedenes“ fanden noch einige Sachen ihre Erledigung, und wurde hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Neurode. Bezirksmaschinenmeisterverein — Halbjahrsbericht. In dem verfloffenen Halbjahre wurden vier gutbesuchte Versammlungen abgehalten. Aufgenommen wurden sieben Kollegen. Im allgemeinen beschäftigten sich die Versammlungen mit technischen und tariflichen Angelegenheiten. In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde das Statut einer Neubearbeitung unterzogen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Samanina (Ullwaller) hielt einen interessanten Vortrag über Binoleum-schnitt und erntete reichen Beifall. — In der Märzversammlung wurden u. a. die Themen: Matzkinstrud, Mertensdruck und Dethleffs Grauro-Tinto-Verfahren sowie ein Rundschreiben der Zentralkommission besprochen. — Die Maiversammlung beriet die tariflichen und organisatorischen Anträge zum Kongress. Obermaschinenmeister Kiesler sprach über Prägedruck, der Vorsitzende über Verdruck und Herstellung der Posten für Dreifarben-druck. Im Mai besichtigte der Verein in Gemeinschaft mit dem Ortsvereine Neurode die Schießscheit-Feuerzweigszentrale U. G. in Wölde. — Die Juliversammlung beschloß, das Datum der nächsten Wanderversammlung, welche in Schweidnitz mit dem dortigen Brudervereine stattfindet, auf den 13. August festzusetzen, und wird dieselbe vormittags 10 Uhr in Mummerts Gasthofs, Breslauer Straße, abgehalten, wozu auch die unsrer Sparte noch fernstehenden Druckerkollegen des Bezirks eingeladen sind. (Vorherige Anmeldung erwünscht bei der Vorsitzenden U. Weiz, Neurode, Gth. von W. M. Klamdt.) Kollege Schubert (Wlogau) wird über den dritten deutschen Maschinenmeisterkongress berichten. Sodann wurde noch der Berliner Konflikt besprochen, und ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, den „Korr.“ in diesem Jahre mit doppeltem Interesse zu lesen und Lehren daraus zu ziehen. Von der Abhaltung eines Stiftungsfestes wird dieses Jahr Abstand genommen.

Neurode. Eine am 28. Juli abgehaltene außerordentliche Versammlung beschäftigte sich neben einigen internen Angelegenheiten mit den Vorfällen in Berlin. Gauvorsteher Fiedler hielt ein ausführliches Referat über die Ursachen und den Verlauf des bekannten Konflikts, und nahm die Versammlung nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Resolution der Gauvorsteherkonferenz voll und ganz einverstanden und drückt den Verbands- und Tariffunktionären ihr vollstes Vertrauen aus. Das tarifwidrige Vorgehen der Berliner Rotationsmaschinenmeister wird aufs Schärfste verurteilt, ebenso das Verhalten eines Teils der Berliner Kollegen in dieser Angelegenheit, das dazu angetan ist, das Ansehen der Organisation zu untergraben und der Allgemeinheit großen Schaden zuzufügen.“ Auch die in einer Berliner Versammlung getane Äußerung, daß ohne Berlin kein Tarif zustande käme, wurde besonders verurteilt, da sie die Provinzkollegen als Mitglieder zweiter Klasse hinfellen will.

Neustadt a. d. Hdt. Am 30. Juli fand im Vereins-locale „Wingerkeller“ eine leider schwach besuchte Bezirks-versammlung statt. (Ich will ein näheres Lamento über das „Leiden“ nicht anschlagen, da es zur Genüge durch den „Korr.“ gekennzeichnet wird. D. B.) Nach einer vollzogenen Aufnahme erstattete Kollege Maier den Rechenschaftsbericht, der von der Versammlung anerkannt wurde. Die Berliner Vorgänge kamen selbstverständlich auch zur Sprache, wobei sich die Versammlung einstimmig auf den Standpunkt der Gauvorsteherkonferenz und deren Resolution stellte. Für die Folge werden nur die Bezirksversammlungen Sonntags, die Monatsversammlungen am letzten Montag im Monat stattfinden. Nachdem nochmals zur besseren Beteiligung an den Versammlungen aufgefordert worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Nürnberg. (Maschinenmeisterklub — Halbjahrsbericht.) Unsere ordentliche Generalversammlung fand am 8. Januar statt. Die alte Vorstandschaft nahm mit Ausnahme des Schriftführers die Wahl wieder an. Eine lebhaft und rege Aussprache bildete der Punkt der Tagesordnung, der die Forderungen der Maschinenmeister zur Tarifrevision regeln sollte. — Die Februarversammlung wurde ohne Vortrag abgehalten, doch fand ein reicher Vorrat von Einläufen und Anfragen unter „Technisches“ seine Verwendung. Hier wurde manchem Kollegen ein Fingerzeig für die Praxis gegeben. — Ein Vortrag von unserm Vorsitzenden Verg über „Unsre Farben“ gab der gutbesuchten Märzversammlung einen interessanten Verlauf. — Am 28. Mai wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Dazu wurden auch die Kollegen der umliegenden Druckorte eingeladen. Hier gab unser erster Vorsitzender einen ausführlichen Bericht über den Maschinenmeisterkongress. Auch die letzte Versammlung im verfloffenen Halbjahre wurde mit einem Vortrag vom Kollegen Bach über „Der Tiefdruck“ ausgestattet. — Im Monat April wurde eine Druckausstellung im Theodor-Körner-Saale veranstaltet, welche aber leider nicht ihrem Dargebotenen entsprechend besucht wurde. — Am 14. Mai fand die Besichtigung der Papierfabrik in Forchheim und am 24. Juni die der Tiefdruckmaschine im Kerpewerk Nürnberg statt. Für das freundliche Entgegenkommen beider Firmen sei hier nochmals unser Dank ausgesprochen. Zu wünschen wäre nur, daß in Anbetracht der ersten Lage die Versammlungen besser besucht würden.

Oppeln. Unsere gutbesuchte Monatsversammlung vom 23. Juli beschäftigte sich u. a. auch mit dem Berliner Tarifbruch. In der Diskussion fand sich kein einziger Redner, der die Maßnahmen der Verbandsleitung und des Tarifamts sowie das Verhalten der „Korr.“-Redaktion getadelt hätte. Dagegen wurde der den Verband als Vertragskontrahent schwer schädigende Tarifbruch der Berliner Rotationsmaschinenmeister scharf verurteilt. Die Versammlung stellte sich einstimmig auf den Standpunkt der Gauvorsteherkonferenz.

Pforzheim. Die am 22. Juli im „Wirkenhof“ abgehaltene außerordentliche Versammlung des Ortsvereins, in welcher an Stelle des abgehaltenen Kollegen Rnie Kollege Rayer (Stuttgart) über die Gauvorsteherkonferenz und den Berliner Konflikt Bericht erstattete, war von 70 Mitgliedern besucht. In einflussreicher Rede berichtete er in klarer Weise über die Angelegenheit, wofür ihm reicher Beifall zuteil wurde. In der anschließenden Diskussion gab es lebhafteste Auseinandersetzungen. Sodann wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: „Die heutige Versammlung spricht hiermit ihre schärfste Mißbilligung über das disziplinarwidrige Verhalten der Berliner Rotationsmaschinenmeister aus und erklärt sich mit den vom Tarifamt und Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen einverstanden. Ebenso stimmt die Versammlung der von der Gauvorsteherkonferenz beschlossenen Resolution zu.“ Das Eingehen auf längere Kündigungszeiten, wie es von einigen Prinzipalverlangt wird, wurde vom Referenten und dem Vertrauensmann dahingehend erörtert, daß es Pflicht eines jeden sei, sich an den Tarif zu halten, wozu eine längere als vierzehntägige Kündigungszeit unstatthaft ist.

Preznan. Am 26. Juli hielt uns unser Gauvorsteher Hannan (Stettin) einen Vortrag. In ausführlicher Weise behandelte er einzelne Details von der Generalversammlung, die kommende Tarifrevision und berührte auch im Laufe seines Referats die Berliner Vorgänge und die Gauvorsteherkonferenz. Auch nach diesen Ausführungen konnte sich die Versammlung auf den Standpunkt stellen, den sie betreffs der Vorgänge in Berlin und der Resolution der Gauvorsteherkonferenz bereits in letzter Versammlung vertrat. (Siehe Bericht im „Korr.“ Nr. 81.) An den Vortrag knüpfte sich dann noch eine längere rege Debatte. Die Versammlung war fast vollständig besucht, auch Pasewalk war durch einen Kollegen vertreten.

Reutlingen. Am 25. Juli hielt unser Ortsverein seine ordentliche Vierteljahrsversammlung ab. Neben Erledigung der üblichen Tagesordnung kamen auch die Berliner Zwischenfälle zur Sprache, die eine ausgiebige Diskussion auslösten. Als Resultat wurde folgende vom Vorsitzenden vorgelegte Resolution mit 25 gegen acht Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen: „Der Ortsverein Reutlingen spricht in seiner am 25. Juli stattgehabten Versammlung sein Bedauern über die Berliner Vorgänge aus. Die Mitglieder erachten das Vorgehen der betreffenden Rotationsdrucker als vollständig verfehlt; sie verlangen von jedem einzelnen Mitgliede die Respektierung der Bestimmungen des Tarifvertrags sowie der Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung. Im übrigen stellt sich die Versammlung auf den Boden der Resolution der Gauvorsteherkonferenz und spricht den Gehilfenvertretern ihr Vertrauen aus.“

Rosenheim. Die Quartalsversammlung am 27. Juli, zu der von 17 Kollegen 14 erschienen waren, befaßte sich mit der Gauvorsteherkonferenz, konnte aber dort gefaßten Resolution keine Sympathie entgegenbringen, sondern gewann nach reiflicher Betrachtung die Überzeugung, daß Hülfe wie drüben gesündigt wurde. Eine weitere Stellungnahme hierzu wurde nicht beliebt. Arbeitervertreter G. Weyer (Rosenheim) referierte in ausgiebiger Weise über „Das Reichsversicherungsgesetz in seiner Ummodung“.

Saarbrücken. Getragen von acht kollegialen Geistes feierte am 22. und 23. Juli der Bezirksverein Saarbrücken sein diesjähriges Johannisfest, verbunden mit

der Feier der 25-jährigen Zugehörigkeit zum Gau Mittelrhein. Die Kollegen von Mannheim, Erier, Weß, Saargemünd, Forbach, Pirmasens sowie die zum Bezirke gehörenden Ortsvereine hatten es sich nicht nehmen lassen, durch ihr Erscheinen zu dokumentieren, daß ein gutes Einvernehmen mit ihnen und dem Bezirke Saarbrücken besteht. Bei dem am Vorabend des Festes abgehaltenen Festbankett hieß der Vorsitzende Gutenborn die überaus zahlreich erschienene Kollegenchaft herzlich willkommen, ebenfalls die Vertreter der Saarpresse, besonders Herr Chefredakteur Dr. Krüdemeyer, welcher es sich nicht nehmen lasse, alljährlich unsern Johannisfesten beizuwohnen. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Gauvorstehers hielt dessen Stellvertreter, Kollege Seiwert (Mannheim), die Festrede, dabei gleichzeitig die Glückwünsche des Gaus Mittelrhein übermittelnd. Im Lauf des Abends gedachte Herr Chefredakteur Dr. Krüdemeyer der guten Beziehungen zwischen Redaktion und den Personalien. Gefangensvorträge der „Typographia“ Mannheim, „Typographia“ Erier und des Gesangvereins „Gutenborn“ Saarbrücken wuchsen und trugen zum Gelingen bei. Nur allzusehr verließen die Stunden, und als der Tag graute, dachten nur wenige an das Aufsuchen der Quartiere. Der größte Teil machte in aller Frühe einen Ausflug zu den Epitaphen Höhen. Mittags wurde unter Vorantritt einer Musikkapelle nach der „Wohlfürst-Anlage“ marschiert, wo Fortsetzung stattfand. Bei Konzert, Liedervorträgen und Quadrätelspiel verloschen die Stunden nur gar zu schnell, und dauerte es nicht allzu lange, da brach auch schon ein Teil auf, um der fernem Heimat zuzuströmen. Wohl jeder schied mit der Genugtuung, einige recht frohe Stunden verlebt zu haben, und dem Wunsch auf Wiedersehen. Begrüßungsschreiben und -telegramme ließen ein vom Stadterordneten Herrn H. Vogel, dem Gehilfenvertreter Albrecht (Köln), den Bezirksvereinen Ludwigshafen, Mainz, Wiesbaden, Pirmasens, Zweibrücken, Limburg a. d. Rhn und den Kollegen Groß und Stodring (Warmen). Nicht versehen wollen wir, an dieser Stelle der Firma Gebrüder Joser (Saarbrücken) für die Gratisanfertigung der Johannisfestdrucksachen zu danken.

Sollingen. Die am 22. Juli stattgehabte ordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich noch einmal eingehend mit den Berliner Vorkommnissen. Zu diesem Zweck war Kollege Betram (Köln) als Berichterstatter über die Gauvorsteherkonferenz eingeladen. Eingangs seines Referats nannte er unsere Resolution und oppositionelle Stellungnahme das Produkt der Vereinfachung. Auch wir hätten die Gauvorsteherkonferenz erst urteilen lassen müssen. Die Stellungnahme der deutschen Kollegen sei jetzt schon eine viel abgeklärtere. Verschieden sowohl seitens der Firma wie des Personals hätten Urteile zu dem Konflikt gegeben. Letzteres hätte jede Bagatelle vor das Schiedsgericht gezerrt. Auf die Spitze getrieben hätten es die Rotationsdrucker, daß sie die vom Tarifamt ausgearbeitete schichtweise Arbeitszeit ablehnten und dann die erst so verschriene Arbeitszeit wieder verlangt hätten. Die Annahme, es habe eine ausgedehnte Überstundenwirtschaft geübt, treffe nicht zu. Überstunden ließen sich aber in einem großen Zeitungsgeschäft nicht umgehen. Unter den Mitgliedern des so schädlichen Rundklubs habe immer ein Wachtelgeher geübt. Die Vertrauensmänner hätten in dem Moment, wo es hieß, einmal konträr dem Personale zu handeln und einen Spruch des Tarifamts zur Anerkennung zu bringen, verlag. Pflicht der Vertrauensmänner sei es, Differenzen zeitig einzulegen, aber nicht, solche hervorzurufen. Taktlos, ja skandalös sei es gewesen, daß sich Berliner Kollegen mit dem Gedanken trugen, bürgerliche Gerichte gegen den Entscheid des Tarifamts anzurufen. Dieses habe doch Milde walten lassen, indem es nur zwei Befehlste für tarifunten erklärt habe, anstatt 30. Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung betreffend Tarifbruch, die sich hauptsächlich gegen Berlin richteten, seien doch bekannt gewesen. Wohl müge der erste Artikel des „Korr.“ etwas aufpeitschend gewirkt haben; selbiger habe aber sonst objektiv berichtet und jeder Ansicht Raum gewährt. Die momentane Strömung im Verbands-sympathisier für Vorstand und Redaktion. Der Parteipresse könne er, Redner, zum Teil den Vorwurf nicht ersparen, daß sie zum Teil gehetzt habe. Diese Beschimpfungen seien nicht am Plage gewesen. Das traurige Vorkommnis werde bei der Tarifrevision erschwerend wirken. Allen Kollegen aber müßte es die vornehmste Pflicht sein, dem Verbandsstatut und den tariflichen Bestimmungen Respekt zu bezugen. Hiermit schloß Kollege Betram seinen von lebhaften Zwischenrufen unterbrochenen Vortrag. In der hierauf einsetzenden lebhaften Diskussion fanden alle Redner für das Verhalten der „Korr.“-Redaktion nur Worte des Tadels. Durch die Stimmungsmaße gegen die Berliner Kollegen und die total einseitige Berichtserstattung seien eben erregte Resolutionen zustande gekommen. Die Zentralkommission stehe heilig da, unantastbar, meinte als erster Diskussionsredner Kollege Deneck. Nach Ansicht des Kollegen Wdrnan finde dem Zentralvorstand eben zu viel Machtbefugnisse eingeräumt worden, um eventuell unliebsame Gegner des jeweiligen Tarifs auszuschließen. Verschiedene Parteiführer hätten nach seiner Ansicht zu leidenschaftlich geurteilt. Die Kollege Christmann annahm, hat die Angelegenheit nur auf-räuhend gewirkt. Die „Radikalen“ der Großstädte seien wohl nicht die schlechtesten Kollegen, gegen die die Zentralkommission die Provinz mobil zu machen versuche. Die Vertrauensmänner seien von den Kollegen zu ihren Posten ernannt. Selbige hätten darum auch nur das Recht, sie dieses Amtes zu entkleiden, nie aber das Tarifamt. Die Haltung des „Korr.“ in Tarifachen sei noch die frühere.

Jede Kleinigkeit preise derselbe als Fortschritt. Ein Tarif müsse eben auch Vorteile bringen, sonst erzeuge er Unzufriedenheit. Hierorts würden ohne Zweifel ohne Tarif günstiger Lohnverhältnisse herrschen. Kollege Meyer bekannte sich als Tariffreund, da derselbe stabile Verhältnisse mit sich bringe. Um Bestehen der Tarifgemeinschaft seien Prinzipale und Gehilfen gleich interessiert. Der Referent habe unsere Behauptungen nicht ignorieren können, sondern gesehen müssen, daß Mißstände bei Scherl geherrsch hätten. Die Nachtüberstunden seien aufreibend, und die unerträgliche Arbeitszeit hätte die Kollegen gezwungen, alles aufs Spiel zu setzen. Unsere Resolution entspringe dem guten Rechte der Kritik. Ohne solche wären unsere Versammlungen ein Nonens. Der „Korr.“ drohe renitenten Kollegen mit Ausschluß und habe die gegenwärtige Opposition beschimpft. Nach seiner Ansicht hat sich die Parteipresse neutral verhalten. Die Redaktion der „Vergißliche Arbeiterstimme“ und in ihr am wenigsten der Redakteur Dittmann, hat aber keinerlei Einfluß auf unsere Resolutionen und Handlungen, dies stelle er hiermit ausdrücklich fest. Unser Beschluß habe keinesfalls gegen das Verbandsinteresse verstoßen, sondern nur unsere Unzufriedenheit kundtun wollen. Kritik fand Kollege Himmelstoh verträglich, sofern sich selbige in anständigen Bahnen bewege. Er nehme den zweiten Vorstandsvorsitzenden, Kollegen Graßmann, in Schutz. Letzterer habe wohl oder übel vor den Prinzipalen bekommen müssen, daß der Beschluß der Generalversammlung betreffs Tarifbruch nicht ein papierener sei. Die verantwortliche Stellung und die Kenntnis interner Dinge werde wohl den rabiatsten Kollegen in führender Stellung zu anderer Auffassung bringen. Die gewählten Vertreter zu beschimpfen, sei eines Verbandsmitgliedes unwürdig. Hierin hätte auch die Parteipresse zurückhaltender sein sollen. Den Kollegen Fikus erzeute es, daß die Opposition nach oben einmal zum Durchbruch gekommen ist. Der „Korr.“ predige in allen den Rückzug. Mit Einstellung von Schreibmaschinen, Zeitungsverlegerbeschlüssen und ähnlichen Hinweisen suche man die Kollegen von oben herunter einzuschüchtern. Er bezeichne es als bittere Ironie, daß eine Organisation, die 93 Proz. der Berufsangehörigen hinter sich hat, sich alles bieten lasse. Den Kollegen Wöddecker erbitterte es, daß der „Korr.“ unsere Resolution bekritikelt, ohne sie zu veröffentlichen. Über die Zustände bei Scherl habe sich der „Korr.“ ausgesprochen. Die meisten Redner ließen durchblicken, daß für uns die Gausvorsteherresolution unannehmbar sei. In seinem Schlussworte betonte Kollege Vertram, daß uns das Recht der Kritik unbenommen sei; nur dürfe sie nicht ins Uferlose gehen. Aufgabe der Vertrauensmänner sei es, den Tarifbeschlüssen Achtung zu verschaffen. Ohne Tarif würden wir uns bei schlechter Konjunktur nicht vor Mißsüßlagen retten können. Der „Korr.“ habe der Mißstände bei Scherl Erwähnung getan. Krach sei eben denselben Vorwürfen ausgelegt wie Rephäuser, wenn er gegen Berlin opponiere. Zum Schlusse mahnte Kollege Vertram zur Disziplin, Achtung vor Versammlungs- und Vorstandsbeschlüssen und bat, wenn wir uns mit der Gausvorsteherresolution nicht einverstanden erklären wollten, dann doch die Sache auf sich beruhen zu lassen. Trotz alledem gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am Samstag, 22. Juli 1911, im Solinger Gewerkschaftshaus stattgefundene Mitgliederversammlung des Ortsvereins Solingen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker verwarf auch nach einem Referate des Gausvorstehers, Kollegen Vertram, bei der am 1. Juli angenommenen Resolution.“ Von den anwesenden 41 Kollegen stimmten für diese Resolution 24 Kollegen, fünf dagegen, die andern enthielten sich der Stimme.

Anmerkung der Redaktion: Es hege die abschreckende Wirkung dieser Versammlung beeinträchtigen, wollen wir zu den Ausführungen in der Diskussion das sagen, was gesagt werden mußte. Wir stellen daher nur fest, daß eine solche Stellungnahme und solche Ansichten in Solingen noch möglich gewesen sind, obwohl am Tage dieser Versammlung bereits nicht weniger als 13 Artikel über die Berliner Angelegenheit erschienen waren. Man will sich eben der besseren Einsicht mit Gewalt verschließen; will nicht wissen und nicht anerkennen, daß die Dinge anders liegen, als wie man sie sich in vorgefaßter Meinung vorstellt; man will sich auch nicht den Tatsachen und nicht zwingenden Beweisen beugen, alles muß vielmehr auf den Kopf gestellt werden. Darin hat allerdings Solingen den Beford erreicht — auch ein Ruhm! Um diesen nun nicht im geringsten zu schmälern, lassen wir die in Frage kommende Resolution folgen, die mit dem dazu gehörigen Versammlungsberichte nur deshalb keine Aufnahme fand, weil man in Solingen das Resultat der Gausvorsteherkonferenz glaubte nicht abwarten zu brauchen, weshalb denn auch die erste Versammlung schon vor der Konferenz stattfand. Hier die Resolution: „Die am 1. Juli er. im „Gewerkschaftshaus“ zu Solingen tagende außerordentliche Generalversammlung des Ortsvereins Solingen (V. d. D. V.) kommt nach reiflicher Aussprache über die Differenzen bei der Firma Scherl in Berlin zu folgendem Entschluß: Es steht fest, daß Differenzen bei obiger Firma schon seit längerer Zeit bestanden haben, hervorgerufen durch schändliche Arbeitszeit der Rotationsmaschinenmeister sowie eine ausgedehnte Überstundenmishandlung. Hiergegen Front zu machen, ist die vornehmste Pflicht jedes Verbandsmitglieds. Die in Betracht kommenden Kollegen handelten also durchaus korrekt, indem sie — nachdem mit der Firma kein befriedigendes Resultat erzielt werden konnte — die Tarifinstanzen anriefen. Das sodann gefällte Urteil des Tarifamts mit seinem „unparteiischen“ Vorstehenden: die beiden „hauptschuldigen“ Kollegen ihres Ehrenamts als Ver-

trauensmänner für ungeeignet zu erklären und zur Entlassung zu empfehlen, ist aufs schärfste zu mißbilligen. Daß die Kollegen, als ihre dringendsten Wünsche durchaus nicht erfüllt wurden, die Arbeit ruhen ließen, ist nicht zu billigen — jedoch begreiflich und von jedem ethischen Gewerkschafter zu entschuldigend. Die Vertrauensmänner — von ihren Kollegen gewählt — zu schätzen, gehörte stets zu den ersten Aufgaben einer jeglichen Organisation. Die Preisgabe dieses unres Rechts unter Mitwirkung des zweiten Verbandsvorsitzenden (unres früher in Solingen so vorbildlich aufzutreten, Kollegen Graßmann), erfährt hierdurch die schärfste Zurückweisung. Die Versammlung erhebt ebenfalls Protest gegen den Ausschluß der in Betracht kommenden Berliner Kollegen seitens des Verbandsvorstandes auf Grund der in Hannover angenommenen Resolution, die den Kollegen noch nicht genügend bekannt war. Ebenfalls zu tadeln ist die durchaus einseitige Behandlung dieses Konflikts seitens des „Korr.“, welcher kein Wort zur Rechtfertigung der betreffenden Kollegen zu finden vermochte.“ Eine zweite Resolution, welche die Umtsiederlegung der Gehilfenbesitzer im Tarifamte sowie Rückgängigmachung der Ausschließung der in Betracht kommenden Rotationsmaschinenmeister seitens des Zentralvorstandes verlangt, gelangte ebenfalls zur Annahme. Und diese beiden Resolutionen mußten auf die allerhöchste Weise durch die „Vergißliche Arbeiterstimme“ der Welt verüffentlicht werden! Der Dank ließe, wie aus dem Artikel an der Spitze dieser Nummer zu ersehen, denn auch nicht auf sich warten. Das wird viel zur Klärung in Solingen beitragen! Der „Vergißliche Arbeiterstimme“ gebührt jedenfalls das Verdienst, daß unsere dortigen Kollegen wieder Boden unter den Füßen gewinnen. Was aber noch zu sagen ist: In der Redaktion dieses schimpflichsten Arbeiterblatts sitzen zwei Verbandsmitglieder. Wie können diese zwei es nur über sich gewinnen, einer „gelben Streikbrecherorganisation“, einer „Schutztruppe des Internementums“, mit welchen recht niedlichen Eigenschaften die „Vergißliche Arbeiterstimme“ unsern Verband auf eine Stufe stellt, noch als Mitglieder anzugehören? Befolgen denn diese „Verbandsmitglieder“ nicht ein bißchen von dem, was man Mut der Konsequenz nennt? Dittmann, der ehemalige Franzfurter Rabifalinski, handelte gemäß verwerflich; für diese ihre Organisation so beschimpfen lassenden oder schließlich selbst beschimpfenden zwei „Verbandsmitglieder“ haben wir aber nur ein kräftiges „Pfiu“ übrig.

Sommerfest. In unrer am 27. Juli abgehaltenen Monatsversammlung wurden u. a. die jüngsten Berliner Vorgänge besprochen. Nach eingehender Erläuterung der Sachlage fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute, am 27. Juli, abgehaltene Ortsvereinsversammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden der Resolution der Gausvorsteherkonferenz in Sachen der Berliner Rotationsmaschinenmeister, billigt vollkommen die Maßnahmen des Zentralvorstandes und spricht ihm auch fernerhin ihr volles Vertrauen aus. Sie erwartet von den Kollegen, daß sie die Institution des Tarifamts hochhalten zum Nutzen der Organisation. Im ferneren verurteilt sie scharf die Hegeereien einiger sozialdemokratischer Blätter, um Unfrieden in unsre Reihen zu tragen, und ersucht alle Kollegen, solche Anpassungen bei jeder Gelegenheit gebührend zurückzuweisen.“ Erlebnisse unserer internen Sachen schlossen die fast vollständig besuchte Versammlung.

R. Stettin. Am 24. Juli tagte im „Volkshaus“ eine äußerst gut besuchte Mitgliederversammlung. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde eine Reihe örtlicher Angelegenheiten erledigt. Sodann gab Kollege Bonick den Bericht vom Goutag und von der Kommissionsitzung. Vom Goutage selbst ist nicht viel zu berichten, derselbe hat fast nichts Positives gebracht, und die dafür aufgedachten Mühen und Geldkosten stehen mit den Erfolgen nicht im Einklang. Alle die Stettiner Anträge, welche sich mit dem Anstellungsverhältnisse des Gausvorstehers beschäftigten, wurden an eine Kommission verwiesen. Diese hat am 9. Juli in Berlin getagt und nach reiflicher Überlegung im Sinne der Stettiner Anträge entschieden. Zum Schlusse bemerkte der Redner, daß der von ihm auf dem Goutage gemachte Vorwurf, Kollege Hannack mache den Prinzipalen bei Tarifanerkennungen zuviel Konzessionen, von demselben in einwandfreier Weise widerlegt worden ist und er den Vorwurf nicht mehr aufrecht halten könne. Damit fallen auch alle die von anderer Seite hieran getrippten Voraussetzungen und sei zu bedauern, daß der Bericht vom Goutag im „Korr.“ die Angelegenheit nicht ausführlich behandelt habe. In diesen Bericht schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der hauptsächlich die Vorgänge der letzten Zeit noch eine Rolle spielten; doch machte sich, vor allem von Seiten der Stettiner Kollegen, das Bestreben geltend, in Zukunft nach Möglichkeit in Frieden zusammen zu arbeiten. Hierauf berichtete Kollege Hannack über die Gausvorsteherkonferenz. In klarer und eingehender Weise gab Redner ein Bild von den bekannten Berliner Vorgängen, dabei an verschiedenen Beispielen zeigend, daß für die Tarif- und Verbandsinstanzen die zwingende Notwendigkeit vorlag, so zu handeln, wie sie es getan, und daß bei allen Beschlüssen immer das Bestreben vorherrschend war, die in Frage kommenden Kollegen nach Möglichkeit zu schonen. Mit der Mahnung an die Kollegen, zu ihren selbstgewählten Führern Vertrauen zu haben, schloß Redner seine Ausführungen. Mit dieser Gelegenheit hatte sich vor einiger Zeit schon eine Vertrauensmännerkonferenz beschäftigt und mit allen gegen eine Stimme beschlossen, der Versammlung nachfolgende Resolution zu empfehlen: „Die am 24. Juli 1911 im „Volkshaus“ tagende, gutbesuchte Versammlung des Vereins Stettiner Buchdrucker erklärt die

Berliner Vorgänge für sehr verwerflich, da sie jede gewerkschaftliche Disziplin vermissen lassen. Sie steht auf dem Standpunkte, daß Urteile unrer tariflichen Instanzen unter allen Umständen auch von den Berliner Kollegen respektiert werden müssen, da anders eine Vertragsfähigkeit des Verbandes nicht denkbar ist. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn das Tarifamt für den Abzug 3 des Tarifamtsurteils eine andere Form gewählt hätte, sie erkennt aber an, daß das Tarifamt lediglich um die Tarifrisidigen wirtschaftlich nicht zu schwer zu schädigen wie gesehen geurteilt hat. Die in dieser Angelegenheit von der Gausvorsteherkonferenz eingenommene Haltung heißt sie gut, auch mißbilligt sie aufs schärfste die Beschimpfung der für die Vertragsfähigkeit des Verbandes eingetretenen verantwortlichen Führer und spricht diesen ihr Vertrauen aus. Die Versammlung ersucht den Hauptvorstand und den „Korr.“, einen möglichst persönlichen Standpunkt allen Mitgliedern gegenüber einzunehmen.“ In den Bericht selbst schloß sich eine lebhafteste Debatte, in welcher die Gemüter oft hart aneinander gerieten. Während von der einen Seite der in der Resolution festgelegte Standpunkt vertreten und hauptsächlich betont wurde, daß wir die kommenden schweren Aufgaben nur dann lösen können, wenn die Kollegenschaft eine festgesetzte Masse ist, die unbedingtes Vertrauen zu ihren Führern hat, war man andererseits der Meinung, daß das Verhalten der Berliner Kollegen zwar zu verurteilen sei, daß aber die in Betracht kommenden Firmen und auch die verschiedenen Instanzen ebenjoviel Schuld an den bedauerlichen Vorgängen haben wie die Gehilfen; auch dies müsse in der Resolution verurteilt werden. Von diesen Kollegen wurde eine Resolution beantragt, die sich in der Hauptsache mit der von den Leipziger Kollegen beschlossenen deckt. Bei der Abstimmung wurden für die Resolution der Vertrauensmänner 60 Stimmen abgegeben, während die andere 28 Stimmen auf sich vereinigte; ein kleiner Teil, welcher keine Resolution wünschte, enthielt sich der Abstimmung. Nachdem dann noch einige interne Sachen erledigt waren, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

B. Welbert-Geitighaus. Auf das abgelaufene Vierteljahr kann mit Befriedigung zurückgeblückt werden. Die Monatsversammlungen waren durchweg gut besucht. In der letzten Monatsversammlung wurden auch die Berliner Vorgänge gestreift und die Resolution der Gausvorsteherkonferenz gutgeheißen. — Das Johannistfest nahm unter reger Beteiligung der Kollegen mit ihrem Angehörigen der Bürgerschaft den schönsten Verlauf und beschiedigte alle Besucher.

Weida (Schirringen). In der am 29. Juli abgehaltenen Monatsversammlung wurde auch Stellung zu den Berliner Vorgängen genommen. Es wurde das tarifwidrige und verbandsbeschädigende Verhalten der Berliner Rotationsmaschinenmeister allgemein verurteilt und der von der Gausvorsteherkonferenz gefassten Resolution beigetreten. Die sonstigen Punkte waren interner Natur.

Wiesbaden. Die am 30. Juli tagende Bezirksversammlung verurteilte nach Anhören des Referats ihres Gausvorstehers Fuhs (Mannheim) ganz einschneidend die Berliner Vorgänge und stellte sich voll und ganz auf den Boden der von der Gausvorsteherkonferenz gefassten Resolution.

Worms a. Rh. In der am 21. Juli abgehaltenen Bezirksversammlung erstattete Kollege Kolb den Parteibericht. Dann erstattete Gausvorsteher Fuhs (Mannheim) Bericht über die letzte Gausvorsteherkonferenz. In ausführlicher Weise schilderte der Referent die Berliner Vorkommnisse und die sich aus denselben ergebenden Beschlüsse der Konferenz. Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Der von der Gausvorsteherkonferenz gefassten Resolution stimmte die Versammlung einstimmig zu, gleichzeitig den in Betracht kommenden Instanzen ihr volles Vertrauen ausprechend. Da die Zeit ziemlich vorgeschritten war, wurde das Referat des Kollegen Fuhs über den Gewerkschaftskongress in Dresden auf die nächste Versammlung verschoben.

Erklärungen.

In Nr. 81. des „Korr.“ befindet sich eine „Richtigstellung“ des Kollegen Gebl, wonach der Berliner Versammlungsbericht in Nr. 79 ihm einen Satz zuschreibt, den er nicht gesprochen haben will. Dazu habe ich folgendes zu erklären: Ich habe über die Versammlung ein stenographisches Protokoll aufgenommen, woraus das Wesentlichste in dem erwähnten Berichte wiedergegeben ist. An der betreffenden Stelle sagt nun Gebl wörtlich: „Was tun wir für die Zukunft? Da hat Ihnen Massini erklärt, wie ernst die Situation ist.“ Wenn gesagt wird, das ist ein Schreckschuß, so irren Sie sich. Wer die Dinge in den letzten zehn Jahren verfolgt hat, weiß, wie die Provinz gegen Berlin scharf gemacht worden ist. Und Kollege Mussial hat seinen Teil dazu beigetragen; deshalb verstehe ich nicht, daß gerade Mussial jetzt in ein andres Horn bläst.“ Nun, „berichtig“ Kollege Gebl mit einer erstainmaligen Rechtfertigung, nicht von ihm, sondern von Kollegen Mussial stamme diese Auslassung. Ich habe in meinem Stenogramm nur auch nochmals die Rede Mussials durchgelesen, finde aber beim besten Willen nicht einen Satz darin, der auch nur ähnlich zu klänge. Mussial kann das auch gar nicht gesagt haben, denn sonst würde er sich ja nach Gebls eignen Ausführungen über Mussials Person selbst begünstigt haben. Es bleibt also dabei: (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 8. August 1911.

Redaktionsfrist: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 89.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Ebel hat obigen Satz gesprochen. Was ihn nun veranlaßt, dies zu bestreiten, weiß ich nicht; jedenfalls hat er diesmal kein Glück damit gehabt.

Ich bin erst heute durch die Erklärung des Kollegen Mustial darauf gestossen worden, daß Ebel etwas „richtig“ gestellt hat. Im Drange der Geschäfte ist mir die Notiz in Nr. 81 entgangen. Ich bin auch von niemandem darauf aufmerksam gemacht worden, auch vom Kollegen Ebel nicht, mit dem ich seit dieser Zeit mindestens dreimal zusammen war; für dieses sonderbare Verhalten habe ich allerdings keine Erklärung.

II.

In Nr. 86 des „Korr.“ wird mir in der dem Berliner Versammlungsbericht angehängten Redaktionsbemerkung öffentlich attestiert, daß ich der Delegierte bin, der gegen die Resolution zur Tariffrage gestimmt hat, obgleich doch ebenso wie die Verhandlung selbst so auch die Abstimmung in geschlossener Sitzung vor sich ging, also nichts in die Öffentlichkeit dringen sollte. Ich brauche nun zwar keinen Vorwurf zu fürchten, denn ich habe so gestimmt, wie es mir mein Gewissen vorschrieb, und ob ich recht daran getan habe, das wird uns erst die Zukunft lehren. Ich finde es aber nicht fair gehandelt von der Redaktion, wenn ich auf diese Weise bloßgestellt und, wie aus der Parenthese im Leitartikel in Nr. 85 Spalte 1 zu ersehen, lächerlich gemacht werde. Man hätte die eine Stimme gar nicht weiter erwähnen sollen, so unbenommen sie auch ist, dann hätte man von seinem Standpunkt aus klüger getan. Meine Zustimmung selbst muß wohl andre Empfindungen ausgelöst haben, sonst würde man sie nicht so oft erwähnen.

Berlin.

Alfred Wielepp.

III.

Alle guten Dinge sind drei, darum sind auch wir dabei, etwas zu erklären. Zunächst, daß in der zweiten Erklärung des Kollegen Wielepp einige Sätze dem nicht-nennenden Rotstifte zum Opfer gefallen sind. Nicht solche, wo W. der Redaktion aufs Dach steigt, sondern die, wo er entgegen des von ihm zuvor betonten nicht-öffentlichen Charakters der betreffenden Generalversammlungsverhandlungen die gebotene Grenzlinie überschreitet. Solche Wielepp scheint nicht das richtige Empfinden dafür zu besitzen, was erlaubt ist und was nicht. Anders gegenüber aber ist er ein gar strenger Cato.

Man möchte nach Wielepps Darstellung meinen, die Redaktion hätte sich an ihm schwer veründigt unter Preisgabe von Generalversammlungsinterims. Es ist deshalb besser, wir sagen, worum es sich bei den Verdächtigungen Wielepps handelt, sonst entstehen wieder Regen, und Kollege Wielepp wird unverdientermaßen zum Märtyrer für die Meinungsfreiheit im Verband. Es kommt für die Wielepp'sche „Anfrage“ einmal der Satz in Nr. 86 in Frage: „Aber in gewissen Situationen kann eben mancher nicht aus seiner Haut heraus, was Wielepp am augenscheinlichsten ja bewiesen hat durch seine einstimmige Stellungnahme in Hannover“, und so banal in Nr. 85 die eingeklammerter Stelle in dem Passus: „Bekanntlich nahm unsere Generalversammlung nach eingehender Aussprache über die derzeitigen gewerbliden und organisatorischen Verhältnisse sowie nach sachlicher Prüfung der aus den Mitgliedsbeiträgen der Verbandsleitung bereits übermittelten Wünsche zur Tarifrevision eine Resolution an (gegen die sich, mehr zur allgemeinen Heiterkeit als zu ernster Bedeutung Unlaf gebend, eine einzige Stimme das Vergnügen einer „besonderen“ Meinung leistete), die in großen Zügen das Programm der Gehilfenschaft für die Tarifbewegung von 1911 enthält.“ Weder vorher noch nachher hat in diesen beiden Nummern noch sonstwo Kollege Wielepp der Redaktion als Demonstrationsobjekt dienen müssen, und es wäre überhaupt nicht dazu gekommen, wenn Kollege Wielepp nicht in der Berliner Versammlung am 10. Juli am kräftigsten mit in das Horn derer gestossen hätte, die alles andre als Lobeshymnen über die Redaktion bliesen.

Wenn man die beiden inkriminierten Stellen liest, wovon die in Nr. 85 so unpersonlich wie nur denkbar ist und die in Nr. 86 den Kern der Sache ganz unberührt läßt, und hält daneben, was Kollege Wielepp der Redaktion dieserhalb vorzuwerfen für gut befindet, dann kommt einem scharf der Gedanke: Hier ist wieder einmal jemand von der Großmannsucht befallen, da wird wieder einmal dem Wellkamebedürfnisse für die eigene wertere Person gehörig Rechnung getragen. Gest kündigt hat ein Verbandsmitglied in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ja auch dargetan, wie groß dieses Wellkamebedürfnis, seinen Namen gedruckt zu sehen, bei solchen Leuten sein kann, obwohl in jenem Fall überhaupt kein Name genannt worden war.

Es ist uns gar nicht eingefallen, den Kollegen Wielepp bloßzustellen oder lächerlich zu machen. Ist dies seine Meinung, so erbringt er für den alten Erfahrungssatz nur wieder den neuen Beweis, daß nämlich unsere radikal gerichteten Kollegen, die im Kritizieren förmlich schmelzen,

die empfindsamsten Menschen sind, wenn sich die — meist viel gelindere — Kritik einmal gegen sie richtet. Der Wielepp'sche Fall ist wahrhaft klassisch. Denn was wir ihm durch die Blume andeuteten, könnte nicht einen solchen Sturm im Glase Wasser erregt haben, wenn er nicht an Überempfindlichkeit leiden würde. Eine nur vierzehntägige Reflexion in der Redaktion des „Korr.“ würde dem Kollegen Wielepp zu einer biedereren Epidermis verhelfen!

Entschieden müssen wir aber dagegen Verwahrung einlegen, als hätten wir mit den beiden Sätzen (sozusagen aus der Schule geplaudert über den geschlossenen Teil der Generalversammlung in Hannover. Es gehört eine sehr starke Einbildungskraft dazu, einen solchen Vorwurf zu erheben. In derart umschreibender Form, wie wir einen bestimmten Vorgang in Hannover streikten, wird außer dem Kollegen Wielepp niemand eine Ungehörigkeit finden, wohl aber in dem, was er darüber sagt, wobei wir von dem verhänglicheren gesägtenen Teile noch absehen. Wenn man so gefünstelt Unterlagen konstruieren wollte, wie es Wielepp tut, was müßte dann mit den vielen Geschehen, die in den letzten Wochen die Kontraktbruchresolution von Hannover als in erster Linie gegen die bekannten Vorgänge in Berlin gerichtet nannten, obwohl doch in dem offiziellen Berichte des „Korr.“ über die geschlossenen Sitzungen wie auch in der späteren ausführlichen Besprechung der Generalversammlung kein Wort gesagt war, das eine solche Deutung zuliesse. Wir nehmen gern Lehren über Laiz und Latit an, Kollege Wielepp ist uns jedoch nicht empfehlenswerter Lehremeister.

Uns ist es natürlich einerlei, wie Kollege Wielepp die Welt zu erleben gedenkt, aber man darf sich nicht zu sehr die Eigenschaft des Delphischen Orakels zuschreiben. Eine verfeinerte Empfindlichkeit ist ebenso wie eine übertriebene hohe Meinung von sich selbst ein Fehler, und wer andre für kleinlich hält (siehe Berliner Versammlungsbericht in Nr. 86), sollte doch nicht so reißlos den Beweis dafür erbringen, wie kleinlich man selbst ist.

Die Redaktion.

Rundschau.

Ferien! In Berlin erhielt das Personal der Buchdruckerei von Robert Winkelman eine Woche Ferien bei dreijähriger Karenz bewilligt. — Die Firma A. Peiß & Sohn in Söding a. S. bewilligte ihren Gehilfen einen Urlaub von drei Tagen ohne jede Karenz, den Lehrlingen einen solchen von zwei Tagen. — Die Buchdruckerei Ernst S. Meyer in Dresden gewährte ihren Gehilfen einen Urlaub von drei bis sechs Tagen.

Ferienentziehung: Die Firma Adolf Littmann in Oldenburg i. Gr. hat die in früheren Jahren einem Teil ihres Personals gewährten Ferien leider wieder entzogen.

Aufgelöst hat sich die Firma J. Fusangel & P. in Hagen i. W.

In Konkurs geraten ist der Buchdruckereibesitzer Friedrich Fölsch zu Unna. — Ebenso in Hamburg der Inhaber eines Fachgeschäfts für das graphische Gewerbe, Ernst Dibel.

Das Erscheinen eingestellt hat der im 66. Jahrgange stehende „Helmweg Voté“ in Unna i. W., Verlag von Friedrich Fölsch.

Der Buchdrucker Otto Göttschen aus Wolfenbüttel sollte sich vor der Ferienstrammer dortselbst wegen eines schweren Delikts verantworten, erschien aber nicht zur Verhandlung. Sein Verteidiger nutzte, Göttschen habe sich das Leben genommen, und der Gerichtsvorstand erklärte, der Angeklagte habe dem Gerichte die gleiche Mitteilung gemacht. Tatsächlich hat sich auch nichts über den Verbleib von Göttschen ergeben.

Selbstmord eines Buchdruckerskontors wird aus Großjüch gemeldet. Der aus Jüchen gebürtige Volontär Karl Binzel hat sich in seiner Wohnung aus unbekanntem Gründen erschossen.

Ein Buchhändlerfrakturband hat sich in Leipzig gebildet, um dem angebligen Überhandnehmen der Antiqua in der deutschen Bücherzeugung eine Grenze zu setzen. Der Bund will zwar die Antiqua nicht austrotten, aber doch der Fraktur die Herrschaft zurückerobern. Es gibt Leute, die die Beweggründe dieses neuen Bundes als Ideal ansehen, weil sie glauben, der deutsche Volkscharakter gehe in die Brüche, wenn die Fraktur durch die Antiqua verdrängt werde; viel Selbständigkeit trauen diese Leute dem deutschen Wesen nicht gerade zu. Es gibt aber auch Leute, die gut deutsch sind und doch in einer solchen Verhimmelung der Fraktur kein ideales Ziel erblicken, sondern chauvinistische Eigenbrödel, getragen von der Abneigung gegen finanzielle Opfer für eine bessere Popularisierung der deutschen Literatur im Auslande. Daß gerade die Buchhändler berufen sein sollen, dem Volke die Fraktur zu erhalten, ist ja bei deren kon-

servativen Ansichten im allgemeinen begreiflich, nicht aber von dem Standpunkt aus, daß das lesende Publikum sich solchen Bestrebungen einfach zu unterordnen hätte.

Eine andre Lesart! Bei dem Streite Fraktur oder Antiqua haben wir Buchdruckergehilfen dieselbe neutrale Stellung einzunehmen wie vergleichsweise in der alten Streitfrage, welches stenographische System das beste ist. Wir tun daher gut, das Für und Wider als gewissenhafte Chronisten hierüber zu registrieren, alles Grundfähliche aber den Leuten zu überlassen, die sonst nicht von Prinzipienfragen aller Art beschwert sind wie wir. Schließlich hat ja auch jede Meinung etwas für sich. So lesen wir jetzt in der „Zeitschrift“ folgendes: Die in Paris erscheinende „Pariser Zeitung“ hatte unter ihren deutschen und französischen Lesern eine Abstimmung veranstaltet, und in dieser erklärten sich 81 Proz. aller Abstimmenden, worunter fast ein Drittel Franzosen, für die Fraktur. Die Franzosen erklärten fast ausnahmslos, mit Begeisterung die deutsche Schrift zu erlernen. Französische Sprachlehrer versicherten in ihrer Antwort an die „Pariser Zeitung“, daß die deutsche Schrift niemals ein Hindernis für den Ausländer sei, Deutsch zu lernen; im Gegenteil würde das Deutsche in Lateinschrift seinen größten Reiz für den Ausländer einbüßen.

Das graphische Gewerbe Preußens und seine Gewerbeaufsicht. Das „Statistische Jahrbuch für den Preussischen Staat“ stellt für das Jahr 1910 fest, daß die Zahl der den preussischen Gewerbeämtern unterstellten graphischen Betriebe 4185 betragen habe mit insgesamt 95255 Arbeitern und Arbeiterinnen. Es wurden 3775 Revisionen ausgeführt, davon: 105 nachts und 158 an Sonn- und Festtagen. Zweimal im Berichtsjahre wurden 425, drei- und mehrmal 157 Betriebe untersucht. Verstöße gegen die Arbeiterchutzgesetze und sonstiger der Überwachung durch die Gewerbeämter unterstellten Bestimmungen wurden 648 festgestellt. Davon entfielen auf die Übertretung der Schutzgesetze für jugendliche Arbeiter 444. Es betrafen die Arbeits- und Lohnzahlungsbücher 95 Fälle, Anzeigen, Verzeichnisse, Ausschänge 240, Ausschlag der Kinder von Fabrikarbeit (§ 135 Abs. 1 G.-O.) 7, Dauer der Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten 26, Pausen 43, Nachtarbeit 4, Sonntagsarbeit 8, sonstiges 21. Diese Zuwiderhandlungen wurden in 351 Anlagen ermittelt. Bestraft wurden 44 Personen. Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze und Verordnungen betreffs der Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 204 ermittelt. Davon betrafen die Bestimmungen über Anzeigen und Ausschänge 138, Arbeitsdauer 5, Mittagspausen 28, Beschäftigung an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage 19, Nachtarbeit 7, sonstiges 7. Diese Zuwiderhandlungen wurden in 175 Betrieben festgestellt. Bestraft wurden 22 Personen. Auf Grund des § 135 Abs. 1—5 der Gewerbeordnung wurde überarbeitet für erwachsene Arbeiterinnen (als überarbeit gilt eine tägliche Beschäftigung von längerer Dauer als 11 oder an Sonnabenden 10 Stunden) bewilligt an Wochentagen (außer Sonnabend) auf die Dauer von täglich 1 Stunde in 14 Fällen, 1—1½ Stunden in vier Fällen, 1½—2 Stunden in sechs Fällen; es kamen hierbei 473 Arbeiterinnen in 20 Betrieben in Betracht. Insgesamt betrug die Summe der bewilligten Überstunden 454½. Für die Sonnabende wurde überarbeit in je einem Falle bis zu 1 Stunde und 1—2 Stunden für 23 Arbeiterinnen in zwei Betrieben bewilligt. Ausnahmen von dem Verbote der Sonn- und Festtagsarbeit wurden auf Grund des § 105f der Gewerbeordnung bewilligt für 72 Betriebe, und zwar bis 5 Stunden in 40 Fällen, über 5—8 Stunden in 27 Fällen, über 8 Stunden in 17 Fällen. Die Zahl der bewilligten Arbeitsstunden betrug insgesamt 12999 an 112 Sonn- und Festtagen. Die Zahl der Arbeiter, für welche Sonn- und Festtagsarbeit zugelassen wurde, stellte sich auf 1527.

Das pfändungsfreie Lohnneinkommen hat durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm eine für den Arbeiter günstigere und gerechtere Umgrenzung erfahren. Die genannte Instanz hob ein Urteil, welches dem Arbeiter das Recht absprach, die gesetzlichen Versicherungsbeiträge vor Feststellung seines pfändungsfreien Einkommens in Abzug zu bringen, auf und wies die Klage eines Wirts kostenpflichtig ab. In der Urteilsbegründung wurde das Verfahren des Arbeitgebers, der die gesetzlichen Versicherungsbeiträge vorweg in Abzug brachte und damit nur noch den über 125 Mk. hinausgehenden monatlichen Lohnbetrag dem Gläubiger aushändigte, als durchaus den Gesetzen entsprechend bezeichnet.

Die Bestimmungen über die Angelegenheiten der Krankenkassen sind mit der soeben erfolgten Verkündung der Reichsversicherungsordnung im „Reichsgesetzblatt“ sofort in Kraft getreten. Nach § 358 dieses Gesetzes folgen bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse der Angestellten das Versicherungsamt und als Beschwerdeinstanz das Oberversicherungsamt entscheiden. Das Nähere über das Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung

oder wegen Mißbrauch seiner Stellung zu religiöser und politischer Betätigung wird durch kaiserliche Verordnung geregelt werden, und zwar entsprechend den Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes über das Disziplinarverfahren. Da nun aber die Versicherungsämter noch nicht errichtet sind, treten nach den Bestimmungen des Einführungs-gesetzes an ihre Stelle die Schiedsgerichte für Arbeiter-versicherung und als Beschwerdeinstanz das Reichsver-sicherungsammt. Dabei sollen für das Verfahren und die Fristen die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Spruchverfahren gelten. Die näheren Bestim-mungen sind durch den Reichskanzler zu erlassen.

Der Sieg der Marinetechniker ist endgültig, das Marineamt hat die ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen.

Die Sabotageverworfen hat nach langen, heftigen Debatten in Paris abgehaltene Kongreß der franzö-sischen Eisenbahner. Man kann diese Stellungnahme nur begrüßen. Mit der Gewaltpolitik ist so und so nichts zu erreichen. Wenn nicht mit der gewerkschaftlichen Macht, dann ist mit der Zerstörungstaktik in dem an sich schon gefährvollen Eisenbahnbetrieb erst recht nichts zu erreichen. Im Gegenteil, die öffentliche Meinung wird gegen die betreffenden Gewerkschaften aufgepeitscht. Wie die direkte Aktion der Franzosen Unsinns, so ist die Sabo-tage verwerflich als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Die deutschen Gelben haben am 29. und 30. Juli in Dresden ihre erste Jahresversammlung abgehalten. Es sollen nach einem Berichte der „Post“ 6620 Mit-glieder durch 155 Delegierte vertreten gewesen sein. Zieht man in Betracht, daß diese Vereine ihre Existenz fast ausschließlich der Gewaltpolitik einiger Berliner, rheinischer und süddeutscher Großindustriellen verdanken, daß also zahlreiche Mitglieder nur gezwungen den Werk-vereinen angehören, so muß man das Resultat scharf-macherischen Mühe als kläglich nennen. Von irgendwelcher nennenswerten Tätigkeit zugunsten ihrer Mitglieder kann bei diesen Organisationen schon am bescheidensten Rede sein, als ihr zum guten Teil aus Aufwendungen der Unternehmer zusammengefügtes Vermögen im Gegensahe zu den freien Gewerkschaften außerordentlich niedrig ist. Es beläuft sich, was die „Post“ beiseitenerweise ver-schweigt, auf etwas über 7 Mll. pro Mitglied; die jähr-lichen Einnahmen stellten sich auf gut 9 Mll. Es muß noch bemerkt werden, daß zu den 6620 Mitgliedern noch eine Anzahl jugendlicher Zwangsmittelglieder gehören, denn es heißt in dem Berichte der „Post“: „Um auch die Ar-beiterjugend in noch größerem Umfang als bisher für die Werkvereinsbewegung zu gewinnen und ihr den Um-weg durch die Sozialdemokratie und die gewerkschaft-lichen Kampfsorganisationen zu ersparen, wurde Beschlüssen, die Arbeit zur Gewinnung und Pflege der Jugend in den einzelnen Werkvereinen planmäßig in die Hand zu nehmen. Jeder Werkverein soll dahin streben, eine eigene Jugendabteilung zu gründen.“ Die Jugend-fürsorge wird die gelben Werkvereine um so weniger auf den grünen Zweig bringen, als diese sogar unter den entschiedensten Gegnern der Sozialdemokratie im übelsten Ruße stehen. Schrieb doch die antisemitische Zeitung „Das Reich“ am 14. Juli 1910: „Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der sehr reichlichen Zuschüsse, die die Groß-industriellen dafür ausgeben, und gegen die Sozialdemo-

kratie nützt sie rein gar nichts, beweisen eine solche charakterlose Bewegung keine Persönlichkeiten ergiebt, son-der Mammontseelen, die dahin laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt.“ Sobald die jugendlichen Gelben frei werden, schütteln sie die „Segnungen“ der berart qualifizierten gelben Vereine von sich ab und gehen dahin, wohin sie gehören: in die freien Gewerkschaften!

Die Bewegung in der Leipziger Metallindustrie scheint nun doch außerordentliche Dimensionen annehmen zu wollen. Am 4. August fanden zwölf Metallarbeiter-verfassungen statt. Eine davon verantwortlich von dem christlich-nationalen Metallarbeiterverband, der die Forderungen in der den Gelbgebiereien beschäftigten Arbeiter als zeitgemäß und berechtigt anerkennt und sich, wenn auch unter den üblichen Seitenhieben auf den Deutschen Metallarbeiterverband, solidarisch erklärte mit den Kämpfern. Die elf Verfassungen des Metallarbeiterverbandes vertragen, den seit dem 27. Mai im Kampfe stehenden Gelbgebiere auch ferner zur Seite zu stehen, die Folgen der eventuellen Ausperrung auf sich zu nehmen und be-zeichnen das Vorgehen der Metallindustriellen als höchst frivol. Diese selbst rechnen auf die Hilfe von Dresden und Chemnitz. Nach ihren Angaben sollten am 5. August in Leipzig 10000, in Thüringen 9000 und wenn dann noch nicht eine Einigung herbeigeführt, in Dresden und Chemnitz 25000 Metallarbeiter zur Ausperrung kommen. Man wird ja sehen, wie in diesen Tagen der Aus-perrungsbeschluss von den Metallindustriellen selbst Be-achtung findet.

Über den Kampf im Hamburger Holzgewerbe, der bekanntlich um das Prinzip des paritätischen Arbeits-nachweises geführt wird, verlauten neustens keine guten Nachrichten. Es heißt in der neuen Meldung, der Kampf dauere nun bereits 20 Wochen. Die beiden Parteien (Arbeitgeberverband der Holzindustrie und Deutscher Holzarbeiterverband) sind sich in keiner Beziehung auch nur eine Fingerbreite nähergekommen. Der Kampf wird demzufolge mit aller Entschiedenheit weitergeführt. Über 1800 Holzarbeiter stehen noch im Kampf. In eine Beilegung ist auch in den nächsten Wochen noch nicht zu denken.

Von den Kämpfen der Hafnarbeiter ist zu be-richten, daß in London etwa 20000 Mann in den Streit getreten sind; die Unternehmer sollen den erst dieser Tage abgeschlossenen Vertrag schon wieder gebrochen haben. Es handelt sich aber um ein Mißverständnis: die Frage des höheren Lohns soll erst durch ein Schieds-gericht erledigt werden, während die Arbeiter annahmen, der höhere Lohn sollte ihnen sofort gewährt werden. — In Petersburg streikten ungefähr 12000 Hafnarbeiter; sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Lohn. — In Liverpool trugen die Hafnarbeiter einen Sieg davon. — Auch in Dänischen waren die Hafnarbeiter erfolgreich. Ihre Forderungen wurden bewilligt.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. In Frankfurt a. M. wurden die Klempner und Installateure ausständig, sie fordern kürzere Arbeitszeit und einen Minimallohn. — Auf einigen Unien in Kopenhagen streikten die Straßenbahner. — Nach Norwegen werden deutsche Arbeiter als Arbeitswillige geschickt. Es wird jedenfalls zu einer Generalausperrung über das ganze Land kommen.

Briefkasten.

Q. 1887: Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Maschinenleger. Adresse in Nr. 73 des „Korr.“ — W. in Bonn: Siehe erste Briefkastennotiz in voriger Nummer. — C. K. in Koesfeld: Wenden Sie sich an die Firma Hoffmann & Jurek in Leipzig, Senefelder Straße 9. — E. K. in E.: 1,70 M. — U. J. in Frankfurt a. M.: 2,80 M.

Verbandsnachrichten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Ergoldsbach der Schweizerdegen Joseph Soworka, geb. in St. Wolfgang B. Jühi 1877, ausgl. in Dachau 1894; war schon Mitglied. — In Schöllkrippen der Seher Theodor Höfer, geb. in Kraistirchen 1874, ausgl. in Wien 1892; war schon Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Reiskasserverwalter werden gebeten, dem Seher Franz Worsche (5153 Böhmen) 21 Tage, dem Seher Franz Jantsch (5149 Böhmen) 21 Tage und dem Seher David Kahau (Hauptbuchnum-mer 88684) 29 Tage bei den Gesamtunterstützungstagen vorzutragen. — Dem Drucker Karl Mrow (Hauptbuch-nummer 75143) sind vor den Gesamtunterstützungstagen 60 Tage in Abrechnung zu bringen, die ihm irrtümlich zu viel vorgetragen wurden. — Die Erledigung des Vor-trages bzw. der Abrechnung ist auf der betreffenden Legiti-mation zu vermerken.

Wir bitten die Herren Funktionäre um Angabe der Adresse des Seher August Stedel (Hauptbuchnum-mer 71261). Diesem soll in Verwaltungssachen ein Brief zugefleht werden.

Idenburg i. Gr. Der Verkehr für durchreisende Kollegen befindet sich jetzt im „Gewerkschaftshaus“, Kurwilt-straße 2.

Osnabrück. Dem Seher Anton Nilsson aus Es-kilstuna in Schweden wurde auf der Reise von Osnabrück nach Holland sein Verbandsbuch (7113 Schweden) nebst Passsicht in Burgsteinfurt beim Waben gestohlen. Nilsson erhielt hier ein neues Buch (3110 Hannover) ausgestellt. Um Ermittlung des Täters und Einfindung des Buchs ufm. an den Reiskasserverwalter S. W. B. H. Martinstr. 10 II, werden die Herren Verbandsfunktionäre und Kollegen freundlichst ersucht.

Passau. Die Herren Reiskasserverwalter werden ge-beten, dem auf der Reise befindlichen Seher Michael Voos aus Epfelheim, Bez. Heidelberg (Hauptbuchnum-mer 37355) 2,80 M. abzugeben und portofrei an Karl Lehr, Passau-Juniatst (Niederbayern), Leberergasse 14, einzusenden. Sollte Voos inzwischen in Kondition ge-treten sein, so werden die Verbandsfunktionäre gebeten, W. auf die Notiz aufmerksam zu machen.

Verammlungskalender.

Burg S. M. Versammlung Sonnabend, den 12. August, abends 8 Uhr, bei H. Chemnitz, Schartauer Straße 4.
Idenburg i. Gr. Versammlung Sonntag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kurwiltstraße.
Haderberg. Versammlung Sonnabend, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindenhof“.

Illustrationsdrucker

erste Kraft, mit ausreichender Erfahrung auch in Mattdrucken, in erster Linie für unsere neue Illustrationsmaschine mit Rückkontausgang zu möglichst baldigem Eintritte für dauernd gesucht. Angebote mit Preisangaben und Gehaltsforderung erbeten an **H. A. Rattmann, Coslar.** [497]

Teilhaber.

Wegen Austritts meines jetzigen, suche einen Maschinemeister als Teilhaber. Erfordert. 15000 Mk. Außer sehr guter Vorratung vollständige Sicher-stellung des Kapitals. Offerten unter L. 103 Post-amt 8, Kiel, erbeten. [485]

Typographseker

mit nachweislich längerer Praxis in gutem Werke sucht **Dskar Brandstetter, Leipzig.**

Duplexmaschinenmeister

Ein in Wert und Mattendrucke tüchtiger sucht für sofortigen hohen Lohn die „**Wander Zeitung**“ in Luz (Schw.).

Maschinenmeister

Ein im Wert und Mattendrucke tüchtiger sucht bei uns dauernde Stellung. Merkwürdig mit Angabe der bisherigen Stellungen, Zeug-nisabschriften und der Gehaltsansprüche erbeten. **Pfeifferische Maschinenbauerei, Altona** (E. H.). [503]

Schriftsetzer

Einige Netto selbständige für Koucher Kompletmaschine sowie ein saub. Fertigmacher, der gleichzeitig Höflichkeit ist, sofort gesucht. Stellung bei guter Leistung dauernd. Ausführliche Angebote an **E. G. Kühn, Schriftsetzer, Leipzig** u.

Anhang zum Larise

von Konrad Gehler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Lößlich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Schriftgießereiarbeiterin

im Einsehen und Seilen geübt, sucht die **Sauerische Gießerei, Frankfurt a. M.**

Stellen sind besetzt!

Besten Dank für die Diesten! **„Rhein-Ems-Zeitung“** in Emden. [505]

Schriftstische

Kupfer- und Zinkstische aus galvanisch. Wädern, wird gekauft. Off. unter Nr. 501 durch die Geschäftsstelle dieses Blatts.

Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerbesitzern und Buchhändlern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung. Man verlange Prospekt.

Festhymne

Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen: Dichtung von: **Willi Krahl**; kompon. von **A. Schwohler**. **Verbandshymne** mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegi. Verlag Radelli & Hillö, Leipzig.

Berein der Stereotypenre und Galvanoplastiker
von Hamburg-Altona und Umgegend.

Sonntag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale von Herrn **Gruntz**, Broßgraben:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vereinsmittlungen; Kaszenbericht; Vortrag des Kollegen **H. Leich**, mann von der Zentralkommission Berlin. **Der Vorstand.**

H. MATHAEUS DESSAU
Flossergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Gesangverein „Gutenberg“

Gegr. 1853 Frankfurt a. M. Gegr. 1853 Dirigent: Herr Musikdirektor Karl Specht. Unsern werten Kollegen, Freunden und Bekannten diene zur gef. Kenntnisnahme, daß wir unser Vereinslokal ab 1. August in den „Gutenbergsaal“ Große Gallusstraße 10 verlegt haben, und bitten wir, Postsendungen dorthin adressieren zu wollen. [500] Der Vorstand.

Am 2. August verschied nach schwerem Leiden unser wertest Mitglied, der Setzer **Karl Degenhardt**. Ein treues Andenken wird ihm bewahren [493] Die Mitgliedschaft Sondershausen.

Am 4. August verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser wertest Mitglied, der Setzer **Fritz Reiners** aus Köln, im Alter von 48 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten [504] Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Am 2. August erkrank beim Baden in der Elbe unser lieber Kollege, der Setzer **Otto Papenguth** aus Aschersleben, im Alter von 34 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Dresden, den 4. August 1911 [498] Die Kollegen der Firma Johs. Päßler.

Am 8. August verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinen-setzer **Wilhelm Seitz** aus Ansbach, im 21. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren [499] Die Mitgliedschaft Würzburg.